

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.  
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonto: Dresden 1330  
Circula Riesa Nr. 52.

Nr. 55.

Sonnabend, 6. März 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsunterbrechungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Seite (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 50 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; jetztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt zuzüglich, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Drucker, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Jäger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Die Vorkonferenzen.

in. Berlin. Die Abreise der deutschen Delegation nach Genf konnte endgültig vom Kabinett erst am Donnerstag abend beschlossen werden, da bis zu diesem Zeitpunkt eine offizielle Aufforderung Frankreichs und Englands zur Teilnahme an der Vorkonferenz am kommenden Sonntag noch nicht eingegangen war. Inzwischen hat der englische Botschafter Lord B. Abernethy im Auswärtigen Amt vorgeschlagen, hat die Einladung der Alliierten überbracht und gleichzeitig Mitteilungen über die letzten Erörterungen innerhalb der englischen Regierung gemacht. Die eigentliche politische Bedeutung der kommenden Völkerbundtagung liegt nicht in den deutschen politischen Kreisen dieser Vorkonferenz. An ihr werden die offiziellen Vertreter Englands, Frankreichs, Belgiens und Deutschlands teilnehmen. Da über die Formalitäten der eigentlichen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Völkerbundkreisen Meinungsverschiedenheiten nicht mehr bestehen, kann sich die bevorstehende Aussprache nur um die Frage der künftigen Zusammenfassung des Völkerbundes handeln. Die Unterhandlungen über den Vertrag vom Donnerstag dürfte der Reichsregierung den letzten Zweifel darüber genommen haben, daß man von Deutschland seitens der Großmächte erwarten könnte, daß es seinen präzisesten Standpunkt in der Frage der Mitgliedschaft. Deutschland wird als alleiniger Staat auf der Märztagung in den Rat aufgenommen werden.

Eine andere Frage ist die, ob die Alliierten auf der Vorkonferenz den Versuch unternehmen werden, zur Verabreichung der öffentlichen Meinung in Spanien und Polen noch vor der Aufnahme Deutschlands das Augenmerk seiner Vertreter zu erlangen, der späteren Aufnahme Spaniens und Polens in den Rat sich nicht zu widersetzen. Amerikanische Blätter haben die für die Berliner Regierungsdirektoren überfahrende Nachricht gebracht, daß von Frankreich eine Lösung angetrieben werde, die das Vorkommen an Polen und Spanien auf spätere Zeitpunkte eines Nachhinein vorzieht. Nach der bisherigen konsequenten Haltung der deutschen Regierung ist es sehr unwahrscheinlich, ob die deutsche Delegation sich diesem Vorschlag Frankreichs wird anschließen können. Viel eher scheint man geneigt zu sein, der englischen Anregung auf Bildung eines besonderen Ausschusses aller Großmächte zuzustimmen, der die Frage einer Reform der gesamten Organisation des Völkerbundes zu prüfen hätte. Zur weiteren Diskussion auf der Tagungsdauer der Vorkonferenz dürften noch Einzelfragen stehen, die die deutschen Interessen besonders betreffen, so die Sozfrage, Winderbeitfragen und die Militärkontrolle. Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Außenminister der anderen Staaten nicht mit gebundener Marschroute nach Genf kommen, kann die deutsche Delegation mit etwas größeren Hoffnungen und Erwartungen die Arbeit in Genf beginnen.

Dieser Konferenz am Sonntag geht noch eine zweite Vorkonferenz voraus, die bisher auf keinem der Programme zu finden war. Es ist die Pariser Aussprache zwischen Briand, dem französischen Außenminister, dem schwedischen Außenminister Dr. Bensch und dem spanischen und dem englischen Außenminister. Die Pläne, die in Paris besprochen werden, hängen ohne Zweifel eng mit den bevorstehenden Beratungen in Genf zusammen. In weiten politischen Kreisen vertritt man die Meinung, daß die Pariser Bestrebungen darauf hinauslaufen, den Locarno-Vertrag durch Sonderabmachungen mit den Staaten der kleinen Entente zu ergänzen, und daß die jetzige Pariser Konferenz von langer Hand vorbereitet worden ist. Das angelegte Vertragsstück findet in Berliner Regierungskreisen die größte Beachtung. Nach Erledigung der dringendsten Aufgaben wird man sich diesem Problem einer neuen mitteleuropäischen Staatengruppierung näher zuwenden.

## Abreise der deutschen Delegation.

in. Berlin. Die deutsche Delegation, die an der außerordentlichen Völkerbundtagung am 8. März teilnehmen wird, ist gestern abend 10 Uhr 5 Min. mit dem fahrplanmäßigen Zuge vom Potsdamer Bahnhof nach Genf abgereist. Der Reichspräsident hatte dem Reichskanzler und der Delegation seine besten Wünsche für ein gutes Gelingen ihrer Mission ausgesprochen lassen. Die Delegation besteht aus 24 Mitgliedern, dem Reichskanzler Dr. Luther, dem Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann, dem Staatssekretär Dr. Kempner, dem Staatssekretär Dr. Karl von Schubert, dem Ministerialdirektor Dr. Friedrich Gans, Geheimrat Wilhelm von Hilow, dem Generalsekretär der Delegation Gesandtschaftsrat Hans Nebelhammer, Konsul Voenssen und Legationssekretär Polze, ferner von der Prähabilitation der Reichsregierung Ministerialdirektor Riep, Legationsrat Dr. Drechsler sowie den Herren Dr. v. Hagen und Bek. Auf dem Bahnsteige hatten sich neben vielen Herren des Auswärtigen Amtes die Minister Curtius, Braun, Rühl, und Reinhold sowie — ein Akt besonderer Courtoisie — der schweizerische Gesandte Rüfenacht eingefunden.

## Das Kabinett Briand gestürzt.

in. Paris, 6. März. (7.55 Uhr morgens.) Das Kabinett Briand ist soeben im Laufe der Beratung über die Steuererhöhung gestürzt worden. Beim Titel „Zahlungsteuer“ beantragte der unabhängige Kommunist Ernest Lafont deren Zurückweisung. Briand stellte die Vertrauensfrage und ist bei der Abstimmung hierüber mit etwa 50 Stimmen in der Minorität geblieben.

Paris. (Funkspruch.) Nachdem Briand gegen die Vertagung der Beratung über die Zahlungsteuer die Vertrauensfrage gestellt hatte, wurde namentlich abgestimmt. Die Vertagung der Beratung wurde mit 274 gegen 221 Stimmen beschloffen. Das Kabinett ist also mit 53 Stimmen in der Minorität geblieben. Als Briand mit dem Ministern den Sitzungssaal verließ, erklärte er, daß er dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts überbringen werde und nicht nach Genf gehe.

Paris. (Funkspruch.) Bei der Abstimmung über den Antrag Lafont stimmten die Sozialisten und die Kommunisten geschlossen gegen die Regierung. Die Radikalen und die sozialistischen Republikaner stimmten für das Kabinett, ebenso die radikale Linke. Die Linken stimmten sich getrennt, während die Rechte einschließlich der Fraktion V. Marin gegen die Regierung stimmte. Da die Regierung zweifelsfrei ist, wird eine Aussöhnung notwendig. Um 6.50 Uhr verkündet der Vizepräsident der Kammer das Abstimmungsergebnis. Der Antrag Lafont ist, wie bereits berichtet, mit 274 gegen 221 Stimmen angenommen. Hierauf erhoben sich die Radikalen und die Mitglieder der Mittelpartei und riefen „Es lebe Briand!“ Briand erhob sich und verteilte unter dem Beifall der Linken und der Mittelpartei den Saal mit sämtlichen anwesenden Ministern. Die Sitzung wird um 6.55 Uhr geschlossen.

## Briand reist nach Genf.

Paris. (Funkspruch.) Die „Gazette“ meldet, wird Briand heute abend nach Genf abreisen.

## Ein Interview des Reichsaußenministers.

London. (Funkspruch.) Daily Express veröffentlichte eine Unterredung Stresemanns mit einem Sonderberichterstatter. Danach erklärte der deutsche Außenminister, wenn Deutschland in den Völkerbund eintrete, erwarte es die Organisation des Bundes unverändert vorzufinden. Er gehe nicht nach Genf mit dem Argwohn, daß ihm dort eine Falle gestellt werde, aber auch nicht mit der Inzucht, die er haben würde, wenn gewisse Pläne bezüglich der Erweiterung des Völkerbundes ihm nicht zuerst durch Zeitungen bekannt geworden wären. Solange Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei, erwarte er sich nicht für zukünftig, seine Ansicht über irgend welche künftigen Änderungen in seiner Organisation auszusprechen, insbesondere in der Zusammenfassung des Rates. Stresemann gab der Gewißheit Ausdruck, daß Deutschland, wenn ihm der Eintritt in den Völkerbund ermöglicht wird, sich von keinem Lande in der Wahrnehmung der Interessen des Völkerbundes übertreffen lassen werde.

## Der Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung.

in. Berlin. Das Reichskabinett trat gestern nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der es sich u. a. mit dem neuen Kompromißentwurf zur Fürstenabfindung beschäftigte, dem das Ergebnis der Besprechung des Reichskanzlers mit den Vertretern der Regierungsparteien zu Grunde lag. Das Kabinett stimmte nach eingehender Aussprache dem Kompromißentwurf einstimmig zu. Der Entwurf ging darauf folglich den Führern der Regierungsparteien zu, die abends noch einmal zu einer letzten Besprechung zusammentraten. Ueber den Inhalt des Entwurfs wird noch mitgeteilt, daß das einzuführende Sondergericht unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten aus vier juristischen und vier Laienmitgliedern gebildet werden soll. Was die Richtlinien für diesen Gerichtshof betrifft, so soll eine reine und klare Scheidung zwischen dem Staatsvermögen und dem Privatbesitz der Fürstenhäuser erfolgen. Der gesamte Besitz, der auf einen Akt der Souveränität zurückgeht, soll entschädigungslos an den Staat fallen, während für die Entschädigung der Fürsten nur der einwandfreie Privatbesitz in Frage kommen soll. Die Beweislast hierfür liegt den ehemaligen Fürstenhäusern ob. Der Staat soll aber auch die Enteignung solcher Teile des Privatbesitzes betreiben können, an denen ein öffentliches Interesse besteht.

## Eine bewegte französische Kammerführung.

in. Paris, 6. März. Die Kammer hat gestern abend 9 1/2 Uhr eine Nacht Sitzung eröffnet und hat bis 6 Uhr morgens die noch anstehenden Artikel des Steuergesetzes noch nicht beendet. Im Laufe der Nacht wurden die vom Senat vorgeschlagenen Steuern auf Alkohol und Zucker abgelehnt. Die Kammer lehnte ferner die Erhöhung des Tabakpreises auf 2,50 Francs, die der Senat beantragt hatte, ab. Der Finanzausschuss hatte den Preis auf 2,25 herabgesetzt. Auch dieser Preis ist mit 393 gegen 206 Stimmen abgelehnt worden. Darauf wurde ein Amendement eingebracht, den Preis auf 2 Fr. zu erhöhen. Dies wurde mit 246 gegen 248 Stimmen abgelehnt. Infolge dieser Abstimmung verlangte Adolphe Max, daß die Sitzung unterbrochen würde. Es entstand eine große Erregung und es entspann sich eine Debatte über die Folgen dieser Ablehnung.

Schließlich ergriff auch Briand das Wort, um die Kammer aufzufordern, das Notwendige zu unternehmen. Denn er werde morgen Frankreich nicht vertreten mit einer parlamentarischen Meinung, wie er sie bis jetzt im Laufe der Sitzung erklärt habe. Unter dem Titel dieser Rede hat die Kammer dem Tabakpreis von 1,50 auf 2,10 Francs erhöht.

in. Paris. Im Verlauf der gestrigen Kammerführung stellte bei Beratung der Steuererhöhung (tabak) den Antrag, eine Gesellschaft für die Einfuhr und den Verkauf von Petroleum und Zucker mit einem Kapital von 200 Millionen Fr. zu gründen, wovon der Staat zwei Drittel übernehmen sollte. Diese Gesellschaft soll durch von der Regierung ernannte Persönlichkeiten geleitet werden. Der Vorsitzende des Finanzausschusses Max forderte den Abgeordneten auf, den Antrag zurückzuziehen, um ihn später getrennt zu behandeln. Auch Finanzminister Doumer und der Berichterstatter des Finanzausschusses traten dafür ein. Die Kammer lehnte die Zurückstellung des Antrags in namentlicher Abstimmung mit 293 gegen 254 Stimmen ab.

## Die Völkchen gegen das Volksbegehren.

in. Berlin. Die Reichsleitung der deutsch-völkischen Freiheitsbewegung erläßt folgenden Aufruf: „Der Apparat für das sogenannte Volksbegehren ist nunmehr in Tätigkeit gesetzt worden. Kein Völkischer kann und darf sich irgendwie — weder unmittelbar noch mittelbar — an der Förderung dieses jüdisch-geleiteten Scheinmandats beteiligen. Wir halten an unserem bekannten Standpunkte fest: man entziehe erst einmal die Kriegsgewinnler und Revolutionsgewinnler, man entziehe die zu Vermögen und Reichthum gelangten völkischen Juden in Deutschland. Für einseitige Ausnahmestricke Entzerrung — einzelner wie der einzelne zu Monarchen und Monarchie stehen mag — der Fürstenhäuser sind wir Völkischen nicht zu haben. Wir verlangen vielmehr, daß ihre Ansprüche, soweit sie rechtlich begründet sind, geachtet und vertreten werden. Kein Völkischer trage sich in die Listen ein, da er schon dadurch das Volksbegehren unterstützen würde.“

## Die Steuerminderungs-Vorlage.

in. Berlin. Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats, der um den Zwölfer-Ausschuss für die Umsatzsteuer vermehrt war, wurde eingehend über die Vorlage betreffend Steuerminderungen zur Erleichterung der Wirtschaft beraten, wobei Finanzminister Dr. Reichold erklärte, daß von jetzt ab die Finanzpolitik unter das Vorzeichen „Wirtschaft“ gestellt werden müsse. Es sei die feste Absicht der Regierung, eine Form zu finden, um die Steuerlast der Steuerkraft der Wirtschaft und der Bevölkerung wieder anzupassen. Nur größte Sparlichkeit in der Verwaltung des Reiches, der Länder und Gemeinden sowie eine ernsthafte Verwaltungsreform könne dazu führen. Die Senkung der indirekten Steuern, der Zuckersteuer und der Biersteuer würde der Gesamtwirtschaft keinen Auftrieb gegeben haben. An die Realsteuer der Länder und Gemeinden könne das Reich nicht heran. Eine Senkung der Einkommensteuer sei zurzeit nicht möglich. Die gesamte Lohnsteuer solle in der Verfertigung verschwinden.

Nach eingehender Beratung nahm der Ausschuss die gesamte Vorlage an, die bekanntlich vom Reichsrat am Mittwoch angenommen worden ist. Angenommen wurde noch eine Entschädigung, worin unverzüglich Ausgabeminderung durch Einführung der Verwaltungsreform in Reich, Ländern und Gemeinden gefordert wird. Neue Ausgaben im Reich dürften nur bewilligt werden, nachdem vorher die Mittel zur Deckung der Ausgaben nachgewiesen seien.

Allen voran: **Radeberger Pilsner!** das bevorzugte erste deutsche Pilsner. Vertreter: Rich. Schwade  
Riesa a. Elbe. Fernruf 49.